

Demonstrativen Optimismus zur Schau stellend, spielt der Ägypter, stellvertretend vor allem für den Sicherheitsrat, die undankbare Rolle des Blitzableiters. Den einen tut die UNO zu wenig, andere dagegen fühlen sich bevormundet.

Als den „unmöglichsten Job der Welt“ hatte *Dag Hammarskjöld* das Amt des UNO-Generalsekretärs zu Zeiten des Kalten Krieges bezeichnet. Der gegenwärtige Träger dieses unmöglichen Jobs kämpft unter ganz anderen Vorzeichen um Image und Effizienz der Weltorganisation. Denn mit ungeheuren Erwartungen, Ansprüchen und Hoffnungen konfrontiert, drohen die Vereinten Nationen kurz nach der Erlangung neuer Handlungsfreiheit durch das Ende des Ost-West-Konfliktes erneut in Mißkredit, in eine *Glaubwürdigkeitskrise* zu geraten.

Eine wahre *Flut von Interventionsgesuchen* ist in den letzten vier Jahren über die UNO hinweggegangen. Daß diese in überschaubarer Zeit abebben wird, läßt sich kaum annehmen. Von den Schmähungen verletzt, wies Ghali in Sarajevo darauf hin, man solle doch zur Kenntnis nehmen, daß die Situation in anderen Ländern, in denen sich die UNO derzeit erst gar nicht engagieren könne, keineswegs rosiger sei. Berechtigt sind die Überlegungen allemal, die angesichts der Intervention in Somalia fragen, warum nicht auch im Sudan, in Liberia oder Afghanistan von der UNO eingegriffen wird.

In den letzten vier Jahren haben die Vereinten Nationen ebensoviel Operationen auf den Weg gebracht wie in den vierzig Jahren zuvor. Dabei werden die Aufgaben, die der UNO angetragen werden, immer vielfältiger und umfassender: Beobachter, Friedensschützer, Friedensstifter, Wahlhelfer; dazu kommt die Nothilfe bei Natur- und Dürrekatastrophen. In Afghanistan sollen fünf Millionen Flüchtlinge zurückgeführt werden und in Kambodscha müssen UNO-Mitarbeiter die komplette Administration, einen ganzen Staat überhaupt erst aufbauen. Erschwerend tritt hinzu, daß sich die neuen Einsatzformen, das zeigt nicht nur der Fall So-

malia, immer weniger in den alten Kategorien begreifen lassen, die beispielsweise deutlich zwischen „friedenserhaltenden“ und „friedensstiftenden“, rein „humanitären“ und „militärischen“ Interventionen zu trennen suchen.

Unübersehbar sind die gegenwärtigen Probleme der Vereinten Nationen. Nicht nur in Bosnien werden Ziel und Zweck der Stationierung von über 16000 Blauhelmen immer unsicherer und undurchsichtiger. Nur wenig können sie beitragen, das Leiden der Zivilbevölkerung zu lindern, nichts tun, was den Frieden auch nur ein Stück näher bringen würde. Ob die Intervention von fast 30000 vorwiegend amerikanischen Soldaten wirklich die erhoffte politische Wende am Horn von Afrika bringen wird, ist bislang fraglich. Die massiven Bemühungen der UNO in Kambodscha werden weiterhin von den Roten Khmer sabotiert. In El Salvador drohen die durch die UNO vermittelten Friedensgespräche zu scheitern. In Angola werden gar die UNO-Wahlbeobachter für das Wiederaufleben der Kämpfe nach den Wahlen mitverantwortlich gemacht.

Diese *offensichtlichen Schwächezeichen* herunterzuspielen wäre falsch. Ebenso ungerechtfertigt ist es jedoch, die Defizite bei der Durchsetzung der vielen Operationen der UNO allein anlasten zu wollen, wegen dieser Schwierigkeiten erneut ihr Ansehen, ihren Auftrag und eine stärkere Bedeutung für die Zukunft in Frage zu stellen. Die UNO ist so stark oder schwach, wie es ihre *Mitgliedsstaaten* wollen. Zu einem nicht unerheblichen Teil basiert die gegenwärtige Kritik an der UNO auf der Vorstellung von der „Weltfeuerwehr“, die dort zur Stelle zu sein hat, wo es brennt. An derart hochgesteckten Erwartungen wird sie jedoch zwangsläufig scheitern müssen.

Vor allem aber drängen sie solche Erwartungen in die zukunftslose Alternative: „Weltregierung“ eines Weltstaates, der „Weltkingkong“ oder aber Spielball nationaler Interessen, als „Weltgewissen“ mit moralischer Feigenblatt-Funktion. Der Weg zu einer wirklichen Garantin des Weltfriedens, die

nicht nur finanziell von einzelnen Staaten unabhängig und in ihren Operationen dem Primat der Politik verpflichtet ist, bleibt ihr als „Weltfeuerwehr“ versperret.

Die Stärkung internationaler Solidarität, die für Boutros Ghali das Zentrum des zukünftigen UNO-Programmes darstellt, basiert aber gerade – und dies hat er bei seinem Deutschlandbesuch unmißverständlich betont – nicht auf der Schwächung, vor allem aber nicht auf Ersatz der Verantwortung des einzelnen Staates für die internationale Politik. Ebenso wie die regionalen Organisationen steht dieser in der Verantwortung und der Verpflichtung zur Krisenvermeidung, -bewältigung und Friedensbewahrung. Die Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität sind auch hier unlösbar miteinander verbunden. Die Betonung der bleibenden Bedeutung der staatlichen Souveränität für das Funktionieren internationaler Politik setzt freilich die Überwindung des gegenwärtig vielerorts wild blühenden Nationalismus voraus.

Auch die *regionalen Organisationen* scheitern derzeit an ihrer Aufgabe des Krisenmanagements und der Friedenssicherung. Sollen sinnvollerweise Probleme auf der Ebene gelöst werden, auf der sie am ehesten zu lösen sind, müssen aber auch die verantwortlichen Schwachstellen auf der Ebene gesucht werden, auf der sie tatsächlich liegen. Konkret heißt dies etwa, daß im ehemaligen Jugoslawien EG und KSZE nicht aus ihrer politischen Verantwortung entlassen werden können. fo

## Polarisierung

*Französische Verlage und das innerkirchliche Klima*

Ein Vorgang, wie er nicht alle Tage vorkommt: Am 5. Januar teilte der französische, von den Dominikanern geführte theologische Verlag „Les Editions du Cerf“ mit, daß er die Übersetzungsrecht-

te für das Buch „Kleriker“ von Eugen Drewermann (vgl. HK, Februar 1990, 85ff.) an den Walter Verlag in Olten zurückgebe. Begründung: Eine solche Veröffentlichung könne allzuleicht gegen die „Editions du Cerf“ verwendet werden, zu Lasten anderer verlegerischer Aktivitäten dieses Hauses.

Die unmittelbaren Folgen dieser verlegerischen Entscheidung halten sich in Grenzen: Die „Kleriker“ werden ungeachtet des Rückzugs der „Editions du Cerf“ in Französisch erscheinen, in einem anderen, kirchlich weniger tangierten Verlagshaus. Bei Cerf wird man fortfahren, Teile des Werkes von Drewermann zu übersetzen und so einem interessierten Publikum in Frankreich zugänglich zu machen. Was den theologischen Ertrag angeht, dürfte der Verzicht auf „Kleriker“ nicht allzu schwergefallen sein – in wirtschaftlicher Hinsicht umso mehr.

Der Erklärung der „Editions du Cerf“ ist anzumerken, daß der Verlagsleitung diese Entscheidung nicht leichtgefallen ist: ein solcher Schritt entspricht nicht nur nicht den Gepflogenheiten der Branche, sondern wirft auch Fragen auf in bezug auf das Selbstverständnis eines des bedeutendsten katholischen Verlagshäuser in Frankreich. Aber – und das macht im Grunde erst Brisanz und symptomatische Bedeutung der Sache aus – der Vorgang ist keineswegs ein isolierter, nur dieses Verlagshaus betreffender Vorgang, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Auf erhebliches Befremden war in Kreisen katholischer Verlage und des katholischen Buchhandels zuletzt die Vergabepolitik der Vatikanischen Güterverwaltung bei den Publikationsrechten für den *Weltkatechismus* (vgl. HK, Januar 1993, 25ff.) gestoßen: In Frankreich kam mit „Mame“ – in Kooperation mit „Plon“, einem säkularen Verlag – ein Verlag zum Zuge, der für seine Nähe zu Kreisen im französischen Katholizismus bekannt ist, die sich, nicht selten in bewußter Distanzierung von den eigenen Bischöfen, betont römisch und papsttreu geben. Zum Vergleich: Der *Erwachsenenkatechismus der französischen Bischöfe* von 1991

(vgl. HK, Juli 1991, 302f.) wurde von einer Arbeitsgemeinschaft von einem Dutzend konfessioneller Verlage veröffentlicht.

Auf Grund der Vergabe der deutschsprachigen Publikationsrechte an das Verlagshaus Oldenbourg (Wien und München) sah sich der Verband katholischer Verleger und Buchhändler Ende November letzten Jahres zu einem Protest herausgefordert: Angesichts des Interesses zahlreicher namhafter Verlage sei die „Entscheidung zugunsten eines auf ganz andere Sachgebiete spezialisierten Verlags unverständlich“. Man könne sich nicht des Eindrucks erwehren, daß „sachfremde Überlegungen“ die Vergabepolitik bestimmt hätten.

Was immer die wirklichen Gründe für die Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Weltkatechismus gewesen sein mögen, wenn sich die mit solchen und ähnlichen Vorgängen angedeutete Linie fortsetzt, läßt dies für das innerkirchliche Klima der Zukunft einiges befürchten. Wenn in katholischen Verlagen gerechnet wird bzw. gerechnet werden muß, wie viele und welche Bücher eines Eugen Drewermann oder anderer mehr oder weniger umstrittener Autoren man im Programm führen darf, damit die übrige Verlagsarbeit darunter keinen Schaden nimmt oder um noch in den Genuß kirchlicher Publikationsaufträge zu kommen, dann ist dies als Symptom dafür ernst zu nehmen, daß wesentliche Voraussetzungen für eine freiheitliche verlegerische und publizistische Tätigkeit im kirchlichen Raum in Gefahr sind.

Dann ist auch der Tag nicht mehr fern, an dem katholische Buchhändler von sich für besonders kirchentreu halten den Katholiken danach eingeschätzt werden, welche Titel bei ihnen offen ausliegen bzw. welche allenfalls unterm Ladentisch bereitgehalten werden. Tendenzen dieser Art machen dann auch vor anderen Teilbereichen kirchlichen Lebens nicht halt: Erwachsenenbildung, Akademiearbeit, ganz zu schweigen der Theologie.

Diese letztlich für die Kirche insgesamt destruktive Polarisierung wird im Falle

Frankreichs von Kreisen geschürt, die seit Jahren darauf bedacht sind, zwischen die Mehrheit der französischen Bischöfe und Rom einen Keil zu treiben. In den 80er Jahren stellten sie die Arbeit des kirchlichen Hilfswerks „Comité contre la Faim et pour le Développement“ unter Marxismusverdacht (vgl. HK, September 1986, 405ff.), und heute streuen sie den *Soziologismusverdacht* gegen Lehramt, Verkündigung, vor allem aber Theologie: In seinem neuesten Buchpamphlet, einem Brief an die französischen Bischöfe, wettet zum Beispiel der Chronist des „Figaro“, *André Frossard*, einem nichtfranzösischen Publikum auch bekannt durch sein Buch „Gott existiert, ich bin ihm begegnet“, gegen ein sich in Soziologie, Moral, Geschichte auflösendes und geheimnislos gewordenes Christentum.

Auf einer ersten Ebene gibt sich Frossard besorgt um den Glauben – faktisch aber spricht er den Bischöfen in aller Form sein Mißtrauen aus. Es ist nicht so, als berührte Frossard mit „Le parti de Dieu“ (Fayard, Paris 1992) hier und da nicht auch Richtiges: Im Kern jedoch strotzt dieses akademisch vorgebrachte Plädoyer für den einfachen Glauben von soviel Unverständnis gegenüber heutiger Theologie und Verkündigung, daß die einzig reale Alternative dazu wohl nur in einem nostalgischen Neotraditionalismus oder einem geistig weltflüchtigen Fundamentalismus bestehen dürfte.

Daß die Zeichen im kirchlichen und kirchennahen Medienbereich eher auf mehr Disziplinierung denn auf Freiheitlichkeit stehen, ist keine neue Erscheinung. Erst im vergangenen Sommer veröffentlichte die vatikanischen Glaubenskongregation eine eigene Instruktion zur Kontrolle katholischer Medien und Verlage (vgl. HK, Juli 1992, 341f.). Die damals im Anschluß an die Veröffentlichung dieses Dokuments in Medien- und Verlagskreisen geäußerten Befürchtungen scheinen keinesfalls übertrieben gewesen zu sein. Das Pfund, mit denen das Christentum in einer sich pluralisierenden religiösen Situation wuchern kann, ist jedoch seine Bereitschaft, den Glauben nicht sektiererhaft

auf sich selbst verengt, sondern in der zugigen Luft in Auseinandersetzung mit der jeweiligen Zeit auszulegen und zu bezeugen. Wo Verdächtigungen, Mißtrauen, Disziplinierung, faktische Ausgrenzungen und im Ergebnis Selbstzensur dies verhindern würden, wäre es um die Kirche nicht gut bestellt. *nt*

## Defizite

*Die Bilanz der UN-Dekade der Behinderten*

Die von den Vereinten Nationen beschlossenen Welttage, Jahre und Dekaden mit ihrer Botschaft des „Achtet auf... und solidarisiert Euch mit...“ laufen grundsätzlich Gefahr, im tagespolitischen Geschäft schlicht unterzugehen – unabhängig von der Dringlichkeit ihrer Anliegen und der Qualität ihrer Programme, gleich ob es sich um die weltweite Unterdrückung von Frauen, die Existenzbedrohung von Minderheiten, den erschreckenden Zustand der Natur oder die seuchenhafte Ausbreitung von Aids handelt. Den Hoffnungen, mit denen die Betroffenen diese Aktionen begleiten, folgt meist ein nüchternes Resümee: Die erwartete Resonanz in breiten Schichten der Öffentlichkeit, die den Anliegen in ihrer Bedeutung angemessen wäre, bleibt aus.

Im Anschluß an das internationale Jahr der Behinderten 1981, das unter dem Motto „Einander verstehen – miteinander leben“ stand, war von den Vereinten Nationen eine Dekade der Behinderten beschlossen und ein entsprechendes Weltaktionsprogramm auf den Weg gebracht worden. Weltweit sollte alles dafür getan werden, um behinderten Menschen den Weg zur uneingeschränkten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Der Rückblick deutscher Behindertenverbände, Selbsthilfeorganisationen und Wohlfahrtsverbände bescheinigte der zum Jahreswechsel 1992/93 beendeten Dekade nur *mäßigen Erfolg*. Zu

ihrem Ziel, die Integration behinderter Menschen zu fördern, sei von seiten der Politik in den vergangenen zehn Jahren kein wesentlicher Schritt ausgegangen, beklagte ein auf den Rollstuhl angewiesener Richter am Sozialgericht Bremen, ebenso ein Sprecher des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter. Der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VdK) sah trotz mancher enttäuschter Hoffnung auch einige Fortschritte: So hätten sich beispielsweise für die knapp sechs Millionen deutschen Schwerbehinderten die Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln verbessert. Das Diakonische Werk attestierte der Dekade ebenfalls, sie habe doch auch zu maßgeblichen Verbesserungen geführt; mit dem Ausbau von Rehabilitationseinrichtungen wie Werkstätten, Berufsbildungswerken und Wohnheimen habe sich das Hilfsangebot deutlich erhöht.

Erschreckend an dem Resümee war jedoch die einhellige Feststellung, es herrsche in Deutschland ein *zunehmend aggressives Klima gegenüber Behinderten*. Immer häufiger begegneten Behinderte wachsender Ablehnung, müßten sie verletzende Äußerungen und Drohungen über sich ergehen lassen. Zu einer behindertenfreundlichen Gesellschaft habe die Dekade nicht beitragen können. Dieser ernüchternde Befund gewinnt durch jüngste Meldungen von Gewalttätigkeiten gegen Behinderte an Schärfe: Ein Körperbehinderter nimmt sich das Leben, nachdem ihn Jugendliche wiederholt bespuckt und angepöbelt haben. Ein geistig behinderter Junge wird mit Benzin übergossen und angezündet, eine Rollstuhlfahrerin auf offener Straße aus dem Rollstuhl gekippt.

In einem Appell, der Bundestagsvizepräsidentin *Renate Schmidt* überreicht wurde, fordern 120 Behindertenverbände und mehr als 10 000 Einzelunterzeichner, behinderte Menschen sollten künftig durch eine *Ergänzung des Grundgesetzes* gegen Diskriminierung geschützt werden. Zudem wird ein umfassendes *Gleichstellungsgesetz* gefor-

dert, denn Behinderte würden weiter im Berufsleben benachteiligt, in Sondereinrichtungen abgeschoben, in ihrer Bewegungsfreiheit durch unnötige Barrieren eingeschränkt. Das Recht auf eine eigene Sexualität werde ihnen vielfach abgesprochen. Vor allem aber die Begründung für die geforderte Grundgesetzergänzung – „Niemand darf wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung bevorzugt oder benachteiligt werden“ – muß aufhören lassen: Über 30 Jahre moralischer Appelle und intensive Aufklärungskampagnen hätten keinen erkennbaren Fortschritt für Rechte und Lebensbedingungen behinderter Menschen gebracht.

Am Ende der Dekade der Behinderten reicht selbstgerechtes Aufzählen von Rollstuhlrampen und Behindertenarbeitsplätzen, deren es ohnehin zu wenige gibt, nicht aus. Eine Gesellschaft, der ein kaltes und aggressives Klima gegenüber ihren behinderten Mitgliedern attestiert wird, in der Behinderte mit ihrem selbstverständlichen Anspruch auf uneingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben Bittsteller bleiben, kann nicht einfach zur Tagesordnung übergehen – erst recht nicht, wenn in diesem gesellschaftlichen Klima eine zunehmende Gewalt gegen Wehrlose und Schwächere und damit auch gegen behinderte Personen entstehen kann.

Ein Resümee über die Dekade der Behinderten darf angesichts dieses Befundes keineswegs nur Sache der Interessensverbände von Behinderten sein. Wie dringend hier die ganze Gesellschaft zu Rechenschaft und Nachdenklichkeit verpflichtet ist, hat mit aller Schärfe ein im vergangenen Jahr von einem Flensburger Amtsgericht gefälltes Urteil deutlich gemacht: Der Anblick behinderter Urlauber wurde darin zu einer Beeinträchtigung des Urlaubsvergnügens erklärt. Die Frage, welche Vorstellungen, Leitbilder und Lebensideale eine Gesellschaft prägen, in der es quasi selbstverständlich ist, daß Behinderte nicht in allen Lebensbereichen präsent sind, im letzten immer in Sonderwelten abgedrängt werden, muß auf richtig gestellt werden. *fo*